**Geschäftsordnung
für den
Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschuss des Aufsichtsrats der
GEA Group Aktiengesellschaft**

Der Aufsichtsrat der GEA Group Aktiengesellschaft erlässt gemäß § 11 der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats die nachstehende Geschäftsordnung für den Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschuss des Aufsichtsrats:

**§ 1
Allgemeines und Aufgaben**

- (1) Der Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschuss nimmt die ihm obliegenden Aufgaben nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung, der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und dieser Geschäftsordnung wahr.
- (2) Der Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschuss ist zuständig für bzw. entscheidet anstelle des Aufsichtsrats über:
 - a) die Vorbereitung der Sitzungen des Aufsichtsrats;
 - b) die Regelung der rechtlichen Beziehungen zwischen der Gesellschaft und den einzelnen Vorstandsmitgliedern (insbes. Abschluss, Änderung, Verlängerung, Aufhebung und Kündigung der Anstellungsverträge einschließlich der Vergütung), wobei über das System zur Vergütung der Vorstandsmitglieder sowie die Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder abschließend der Gesamtaufichtsrat zu beschließen hat; Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern sind ebenfalls dem Gesamtaufichtsrat vorbehalten;
 - c) die Vorbereitung der Personalentscheidungen des Aufsichtsrats hinsichtlich der Besetzung des Vorstands und sorgt gemeinsam mit dem Vorstand für die langfristige Nachfolgeplanung;
 - d) Einwilligung zu anderen Tätigkeiten eines Vorstandsmitglieds nach § 88 AktG oder sonstigen Nebentätigkeiten sowie die Behandlung von Interessenkonflikten einzelner Vorstandsmitglieder;
 - e) die Regelung der rechtlichen Beziehungen zwischen der Gesellschaft und ihren ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern, wobei in Vergütungsangelegenheiten der Gesamtaufichtsrat zu entscheiden hat;
 - f) die Genehmigung von Verträgen mit Aufsichtsratsmitgliedern oder ihnen nahestehende Personen gemäß § 114 AktG;

- g) die Genehmigung von Krediten nach den §§ 89, 115 AktG;
- h) unbeschadet der vorstehend unter lit. f) und lit. g) geregelten Zuständigkeiten, die Zustimmung zu wesentlichen Geschäften (Gegenstandswert über EUR 50.000) zwischen dem Unternehmen (GEA Group Aktiengesellschaft bzw. mit dieser verbundene Unternehmen) einerseits und den Aufsichtsrats- oder Vorstandsmitgliedern sowie ihnen im Sinne von § 111a Abs. 1 Satz 2 AktG nahestehenden Personen andererseits;
- i) die Zustimmung zur Übernahme von Aufsichtsratsmandaten durch Vorstandsmitglieder außerhalb des Konzerns;
- j) die Behandlung der Strategie des Unternehmens gemeinsam mit dem Vorstand, insbesondere der Nachhaltigkeitsstrategie sowie wichtiger Grundsatzfragen aus den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (*ESG – Environmental, Social & Governance*) und deren Umsetzung, unbeschadet der spezielleren Zuständigkeiten der übrigen Ausschüsse des Aufsichtsrats, insbesondere der Zuständigkeit des Ausschusses für Innovation und Produktnachhaltigkeit für Fragen der Produktnachhaltigkeit;
- k) der Investitionen und Finanzierungen gemeinsam mit dem Vorstand;
- l) die Zustimmung zu den in § 6 Abs. 2 a), Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat genannten Geschäften, soweit es sich im Einzelfall um einen Betrag (Equity Value bzw. - falls höher - Enterprise Value) handelt, der EURO 20 Mio., nicht aber EURO 40 Mio. übersteigt, oder soweit das Geschäft bei Veräußerungen zu einem Buchverlust von mehr als EURO 5 Mio. oder einem negativem Cash Flow von mehr als EURO 2 Mio. führt. Zustimmungspflichtig sind auch Entscheidungen in Bezug auf Geschäfte gemäß Satz 1, die zu einer bilanziellen Umgliederung solcher Beteiligungen in „discontinued operations“ führen. Das Zustimmungserfordernis entfällt bei Geschäften gemäß Satz 1, wenn es sich um rein konzerninterne Vorgänge handelt;
- m) die Zustimmung zu den in § 6 Abs. 2 b)-c), Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat genannten Geschäften, soweit es sich im Einzelfall um einen Betrag handelt, der EURO 20 Mio., nicht aber EURO 40 Mio. übersteigt. Das Zustimmungserfordernis entfällt im Hinblick auf § 6 Abs. 2 b) bei Geschäften gemäß Satz 1, wenn es sich um rein konzerninterne Vorgänge handelt;
- n) die Zustimmung zur Vereinbarung von Finanzierungsinstrumenten wie Ausgabe von Schuldverschreibungen, Aufnahme von langfristigen Anleihen, Leasing, Factoring, sonstigen Off-Balance-Finanzierungen, jeweils soweit sie außerhalb des üblichen Geschäftsbetriebs liegen, nicht aber zur Aufnahme und Benutzung der im Geschäftsgang üblichen Bank- und Warenkredite;

- o) die Zustimmung zur Gewährung von Krediten, Bürgschaften, Garantien oder vergleichbaren Sicherungsmitteln, soweit sie außerhalb des üblichen Geschäftsgangs liegen;
 - p) die Zustimmung zu konzernweit einzuführenden Erfolgsbeteiligungsmodellen nach Diskussion im Plenum, wobei in Vorstandsangelegenheiten der Gesamtaufsichtsrat zu beschließen hat;
 - q) die Zustimmung zu grundsätzlichen Veränderungen des Pensionssystems nach Diskussion im Plenum, wobei in Vorstandsangelegenheiten der Gesamtaufsichtsrat zu beschließen hat.
- (3) Unbeschadet von der Zuordnung der Zuständigkeit auf den Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschuss hinsichtlich der in Abs. 2 j), k), l), m) und n) genannten Themen bleibt es bei der Zuständigkeit und Entscheidungsbefugnis des Gesamtaufsichtsrats, wenn es sich um Vorgänge handelt, die für die Gesellschaft von wesentlicher und grundsätzlicher Bedeutung sind oder die der Aufsichtsrat durch Entscheidung an sich zieht.
- (4) Im Übrigen obliegen dem Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschuss die ihm durch den Aufsichtsrat im Einzelfall übertragenen Aufgaben.
- (5) Die Mitglieder des Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschusses sind zur Verschwiegenheit über erhaltene vertrauliche Berichte und vertrauliche Beratungen verpflichtet. Sie stellen sicher, dass die von ihnen eingeschalteten Mitarbeiter die Verschwiegenheitspflicht in gleicher Weise einhalten. Der Vorsitzende des Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschusses unterrichtet den Aufsichtsrat in dessen jeweils nächster Sitzung über die Arbeit des Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschusses.

§ 2 Zusammensetzung und Dauer der Amtszeit

- (1) Der Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschuss besteht aus vier Mitgliedern. Ihm gehören der Aufsichtsratsvorsitzende, der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende sowie je ein weiteres Aufsichtsratsmitglied der Anteilseigner und der Arbeitnehmer an.
- (2) Vorsitzender des Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschusses ist der Vorsitzende des Aufsichtsrats.
- (3) Die Mitglieder des Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschusses werden, soweit der Aufsichtsrat nichts anderes beschließt, in der konstituierenden Aufsichtsratssitzung (§ 11 der Satzung der GEA Group Aktiengesellschaft) für die Dauer ihrer Amtszeit als Mitglieder des Aufsichtsrats bestellt.

§ 3 Sitzungen

- (1) Sitzungen des Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschusses werden vom Vorsitzenden unter Einhaltung einer Frist von einer Woche einberufen. Ergänzungen der Tagesordnung müssen, falls nicht ein dringender Fall eine spätere Mitteilung rechtfertigt, bis zum 4. Tag vor der Sitzung mitgeteilt werden.

- (2) Im Übrigen gelten die Regelungen der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats für Sitzungen des Aufsichtsrats entsprechend (§ 3 der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats mit Ausnahme von dessen Abs. 2 Satz 2).

§ 4 Beschlussfassung

- (1) Der Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschuss ist beschlussfähig, wenn nach Einladung aller Mitglieder mindestens drei Mitglieder in der Sitzung anwesend sind oder gemäß Satz 3 an der jeweiligen Beschlussfassung teilnehmen. Mitglieder, die einer Sitzung durch Telefon- oder Videokonferenz zugeschaltet sind, gelten als anwesend. Abwesende Mitglieder können ihre Stimmen schriftlich oder in Textform übermitteln und durch ein anderes Mitglied des Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschusses überreichen lassen.
- (2) Auf Wunsch des Vorsitzenden können Beschlüsse des Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschusses auch außerhalb von Sitzungen durch schriftliche, in Textform (z.B. Telefax oder e-mail) übermittelte oder fernmündliche Stimmabgaben gefasst werden.
- (3) Der Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschuss beschließt in Sitzungen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, außerhalb von Sitzungen mit einfacher Mehrheit seiner Mitglieder. Bei Stimmgleichheit hat der Vorsitzende bei einer erneuten Abstimmung über denselben Gegenstand eine zweite Stimme. Unabhängig vom Vorstehenden soll der Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschuss sich stets um Einstimmigkeit bemühen.
- (4) Im Übrigen gelten die Regelungen der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats für die Beschlussfassung von Ausschüssen (§ 10 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats) bzw. des Aufsichtsrats entsprechend (§ 4 der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats).

§ 5 Niederschrift

- (1) Über die Sitzungen des Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschusses ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden zu unterzeichnen ist. In der Niederschrift sind der Ort und der Tag der Sitzung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung, der wesentliche Inhalt der Verhandlungen und die Beschlüsse des Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschusses anzugeben. Eine Kopie der Niederschrift ist jedem Mitglied des Präsidial- und Nachhaltigkeitsausschusses unverzüglich zuzuleiten.
- (2) Beschlüsse, die nicht in Sitzungen gefasst worden sind, werden vom Vorsitzenden schriftlich festgestellt und allen Mitgliedern unverzüglich zugeleitet.
- (3) Im Übrigen gelten die Regelungen der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats für die Niederschrift über Sitzungen und Beschlüsse entsprechend (§ 5 der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats).